

**Grundsatzprogramm der Landeschüler*innenvertretung
der Gemeinschaftsschulen
in Schleswig-Holstein**



Die Erarbeitung und Weiterführung des Grundsatzprogrammes obliegt dem
Landeschüler*innenparlament

Arbeitsfassung des Grundsatzprogramms der Gemeinschaftsschulen Schleswig-Holsteins

Letzte Änderung: Landesschüler*innenparlament in der Jugendherberge Kiel am 11. Mai 2022

Im Folgenden findet ihr die Arbeitsfassung des Grundsatzprogramms. Anträge, die beim letzten Landesschülerparlament abgestimmt worden sind, sind **fett und kursiv** gedruckt worden.

Bitte macht euch Gedanken bezüglich der Änderungen. Solltet ihr Verbesserungsvorschläge bezüglich des Inhaltes oder der Formulierungen haben, so bitten wir euch, euch mit eurem Landesvorstandsmitglied in Verbindung zu setzen. Die Aufteilung seht ihr unten: ↓

Schule und Ressourcen

Der Lehrkörper

In unseren Augen soll der Lehrkörper kein reiner Wissensvermittler sein, sondern viel mehr als Lernhelfer dienen. Deshalb darf nicht der zeitliche Druck, den Unterrichtsstoff zu behandeln, im Vordergrund stehen, sondern das Interesse und die Wünsche der Schüler müssen oberste Priorität haben.

Wir fordern, dass alle Lehrkräfte unabhängig von Gymnasium oder Gemeinschaftsschule die gleiche Ausbildung durchlaufen müssen. Diese Ausbildung sollte so praxisnah wie möglich ablaufen und nicht mit einer Praxis von 2 Jahren Referendariat abgetan werden. Jedoch sollten in der Oberstufe so wenige Referendare wie möglich eingesetzt werden. In der Regel sollten Referendare von Fachlehrkräften begleitet werden.

Des Weiteren brauchen wir mehr gut ausgebildete Fachlehrkräfte in allen Bereichen, die möglichst nicht durch zeitlich begrenzte Verträge, sondern durch Verbeamtung an die Schule gebunden sind.

Da die Welt immer fortschrittlicher wird, darf es nicht sein, dass die Lehrmethoden und der Wissensstand der Lehrkörper nicht daran angepasst werden. Deshalb fordern wir die verpflichtende, stetige Weiterbildung der Lehrer, sowie einen Leistungsnachweis über das neu Erlernte. Diese Weiterbildungen sollen inhaltlich sowohl den Unterricht, neue wissenschaftliche Ergebnisse sowie den geübten Umgang mit den neuen technischen Möglichkeiten abdecken.

Finanzen

Es ist nicht hinnehmbar, dass mehr Geld für die Bundeswehr als für die Bildung der Kinder ausgegeben wird. Wenn uns etwas daran liegt, dass unsere Zukunft nicht aus halbherzig ausgebildeten Menschen und vielen Waffen, sondern aus hervorragend gelehrten, fortschrittlichen, verantwortungsbewussten Menschen und Frieden besteht, so dürfen die Bildungsausgaben nicht länger geringer als die für die Bundeswehr sein. In unseren Augen müssen wir alles dafür tun, unserer Jugend die bestmögliche Bildung zu verschaffen.

Die kostenlose Schule

Wir fordern, dass jeder Schüler ohne Zusatzkosten zur Schule gehen kann. Teurere unterrichtsspezifische Materialien wie zum Beispiel Taschenrechner und Atlanten, müssen in Klassensätzen von der Schule gestellt werden. Deutschland kann es sich nicht länger leisten, finanzielle Hürden aufzustellen und so für die Diskriminierung finanziell schlechter gestellter Schüler zu sorgen. Dazu gehört auch, dass das Verkehrsnetz in ländlichen Regionen schülerfreundlicher ausgebaut wird und die Fahrtkosten für Bus und Bahn übernommen werden.

Medien in der Schule

Jedes Medium ist zunächst als Wissensquelle zu betrachten. Daher muss jede Schülerin und jeder Schüler in der Schule kostenlosen Zugang zum Internet haben. Die sich verändernde Medienwelt ist eine Chance, den Unterricht und die Lehrmethoden neu zu gestalten. Um zu garantieren, dass diese digitalen Lernmethoden auch sinnvoll angewandt werden, fordern wir eine Stundenanzahl an digitalen Fortbildungen für Lehrkräfte festzulegen. Diese Fortbildungen sollten verpflichtend sein.

Viele Schulen weltweit zeigen, dass Bildung durch moderne Medien sehr gut funktioniert. Beispielsweise wird an einigen Schulen vermehrt mit digitaler Tafel gearbeitet. Dies muss noch weiter vorangetrieben werden. Zudem ist es wichtig, dass jede Schülerin und jeder Schüler das Recht und die Möglichkeit hat, ein digitales Endgerät während des Unterrichts zu nutzen. Auch Klausuren müssen mit einem digitalen Endgerät wie z.B. einem Tablet geschrieben werden dürfen. Schülerinnen und Schüler, die kein eigenes digitales Endgerät haben, müssen ein digitales Endgerät von der Schule gestellt bekommen, das sie auch zu Hause für die Unterrichtsvorbereitung nutzen dürfen.

Alle Schulen sollen ein Digitalsystem haben. Das System soll aus einer Website und einer App für die Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Eltern bestehen. Vertretungspläne, Hausaufgaben, Arbeitsblätter, Klassen-/Kursbücher, Kommunikationsmöglichkeiten mit den einzelnen Personen usw. sollen darin zusammengefasst werden.

Wir fordern daher zusätzlich die Bereitstellung eines Intranetzwerkes und die verpflichtende Nutzung dieses. Lehrkräfte sollen verpflichtend an Lehrgängen zu dem bestimmten Programm teilnehmen, um die richtige Benutzung zu erlernen.

Das Geld für die Anschaffung von einem Intranetprogramm soll vom Land gestellt werden.

Um Probleme mit dem Handling des digitalen Endgeräts und anderer moderner Medien zu verhindern, fordern wir, das Fach „Moderne Medien“ ab der 5. Klasse einzuführen und mindestens bis zur 10. Klasse einmal pro Woche zu unterrichten. Hierfür werden natürlich qualifizierte Lehrkräfte benötigt.

Zum gewissenhaften Umgang mit modernen Medien gehört in unseren Augen auch, dass die Nutzung von Mobiltelefonen außerhalb der Unterrichtszeit im Schulgebäude nicht verboten werden darf.

Äußere und innere Differenzierung

In Gemeinschaftsschulen ist es von besonderer Bedeutung eine sinnvolle Unterteilung zwischen Binnen- und Außendifferenzierung in die Lernkonzepte mit einzuplanen. Äußere Differenzen ist besonders in den Kernfächern und Fremdsprachen wichtig. Hier profitieren die Schüler/innen vom Lernen mit Schülern/innen, die auf ihrem entsprechenden Leistungsniveau angesiedelt sind. So können Schüler/innen in diesen elementaren Fächern gezielter und besser gefördert werden. Dies ist besonders mit Hinblick auf die Examensvorbereitung am Ende der Mittelstufe sinnvoll. Die Binnendifferenzierung ist das zu befürwortende Modell in den anderen Fächern. Hier können Schüler/innen mit unterschiedlichen Leistungsniveaus gemeinsam lernen und somit u.a. von einem besseren Zusammenhalt innerhalb des Klassenverbandes profitieren.

MSA-Prüfungen 2023

Wir fordern aufgrund der Erleichterungen, welche den MSA Schüler.*innen im Abschlussjahr 2022, 2021 und 2020 zugekommen ist, auch für den kommenden Abschlussjahrgang der Mittleren Reife im Jahr 2023 vergleichbare Erleichterungen. Es soll dementsprechend erneut die Möglichkeit bestehen, ein Prüfungsfach abwählen zu können. Wir begründen diese Forderung mit der Tatsache, dass die Prüfungsvorbereitung nach wie vor unter Corona litt, da bereits im neunten Jahrgang Grundlagen für den MSA 2023 geschaffen werden sollten.

Unterrichtsinhalte

Fächerzusammenlegung

Wir fordern die Abschaffung zusammengelegter Fächer an weiterführenden Schulen (ab der 8.Klasse) sowie eine Angleichung des Stundenkontingentes für Natur- und Gesellschaftswissenschaften an Gemeinschaftsschulen an das der Gymnasien.

Projektarbeit

Die in den Klassenstufen 9 und 10 stattfindenden Projektarbeiten sollen abgeschafft werden. Mindestens muss aber der Zeitrahmen der Projektarbeit, an der man arbeiten soll, an jeder Schule gleich sein.

Informatik

Langfristig soll Informatik als Pflichtfach ab der 8. Jahrgangsstufe an schleswig-holsteinischen Gemeinschaftsschulen eingeführt werden. Eine Abwahl soll ab der Einführungsphase möglich sein.

Die Ausgestaltung weiterer naturwissenschaftlicher Fächer als Wahlpflichtfächer bzw. als zusätzliche Pflichtfächer zusätzlich zum Informatikunterricht nach dem bereits verwendeten Modell zur Auswahl, der von einem Schüler zu belegenden Naturwissenschaften soll ermöglicht werden.

Nichtpädagogogen soll ein Direkteinstieg ermöglicht werden.

DAZ

Der DAZ-Unterricht soll keiner linguellen Segregation gleichkommen, es muss auch im regulären Unterricht möglich sein, eine individuelle DAZ-Förderung zu erhalten.

Bewertungssystem

Die Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschulen Schleswig-Holstein sprechen sich für eine übersichtlichere Regelung der Leistungsbeurteilung in Schleswig-Holstein aus.

Wir fordern, dass in den Klassenstufen 5 und 6 jede Schule selbst eine Leistungsbeurteilung gemäß Ihres Schulkonzepts erarbeiten darf.

In den Klassenstufen 7 bis 10 soll eine Leistungsbeurteilung nach dem Vorbild des 15-Punkte-Systems kombiniert mit dem Sternchensystem angestrebt werden. Dies soll auf Klausuren und Zeugnisse angewendet werden. Dabei sollen sich die Schülerinnen und Schüler Ihr Niveau selbst aussuchen. Das Zeugnis soll mit dem Kompetenzraster ergänzt werden. Sozialkompetenzen sollen weiterhin, wie bisher, aufgeführt werden.

Halbjährliche Eltern-Lehrkräfte-Schüler*innen-Gespräche mit jeder Fachlehrkraft sollen verpflichtend angeboten werden.

Ein Gespräch mit der Klassenlehrkraft soll halbjährlich verpflichtend durchgeführt werden.

Die Lehrkraft sollte die persönliche Entwicklung der Schülerinnen und Schüler und deren Bemühungen nicht außer Acht lassen. Es sollte jedoch nicht dazu führen, dass beispielsweise Schüler, welche sich ständig am Unterricht beteiligen, deren Aussagen jedoch meist Fehler aufweisen, besser benotet werden, als diese, die sich eher weniger beteiligen, den Unterricht allerdings durch ihre Beiträge fördern und voranbringen. Qualität vor Quantität!

"In der Oberstufe hast du das Recht, regelmäßig über deinen Leistungsstand informiert zu werden. Das muss mindestens zweimal pro Halbjahr geschehen, einmal spätestens vor der ersten Klassenarbeit." [SchulG 2011, § 11]

Dieses Gesetz soll insofern verändert werden, dass auch Schülerinnen und Schüler ab der 5. Klasse bereits regelmäßig über ihren Leistungsstand Bescheid bekommen.

Das Bildungsministerium soll eine Onlineplattform entwickeln, die es Schüler*innen ermöglicht alle aktuellen Noten in einem geschützten Online-System einzusehen.

Bei Defiziten, wie der Legasthenie oder der Dyskalkulie oder ähnlichen Lernbehinderungen, ist nachsichtig in der Bewertung vorzugehen. Hier sollen eine bessere Leistungsüberprüfung sowie alternative Lernwege und eine bessere individuelle Förderung ausgearbeitet werden. Der Nachteilsausgleich soll beibehalten und auf die Dyskalkulie ausgeweitet werden. Die Überprüfung auf Legasthenie und Dyskalkulie sollte standardmäßig für alle Schüler sein und bereits in der Primarstufe durchgeführt werden.

Leistungskursoberstufe

Menschen lernen am besten, wenn sie sich für das zu Lernende interessieren. Das bisherige Modell der Profiloberstufe hat mit ihrer fehlenden Wahlfreiheit dazu geführt, dass es Schülern/innen immer schwerer fällt sich für den Unterricht zu begeistern. Deshalb fordert die LSV im Rahmen der Neujustierung der Oberstufe einen kompletten Wechsel von der Profiloberstufe zur Leistungskursoberstufe. Hier kann man sich am sog. "Albersdorfer Modell" orientieren. Dieses ermöglicht eine geringere Breitenförderung und somit bessere Spezialisierungsmöglichkeiten für alle Schüler/innen.

Im neu geschaffenen Leistungskurs-Modell für die Oberstufe soll jede/r Schüler/in zu Beginn neun Fächer wählen, die durchgängig bis zum Abitur belegt werden müssen. Die Fächer werden in die Fachbereiche: Naturwissenschaften, Sprachen, Gesellschaftswissenschaften, Ästhetik und Sport unterteilt. Zu unterscheiden ist außerdem zwischen Haupt- und Nebenfächern. Zu den Hauptfächern zählen Fächer wie Mathematik, Deutsch und eine Fremdsprache. Alle weiteren Fächer sind Nebenfächer. Die Hauptfächer sind während der gesamten Oberstufe zu belegen und werden vierstündig unterrichtet. Dazu kommt das Fach Sport, das mit zwei Wochenstunden zu unterrichten ist und das Fach Religion oder Philosophie mit drei Wochenstunden. Als sechstes Fach ist eine Gesellschaftswissenschaft zu wählen, welche ebenfalls dreistündig unterrichtet wird. Wenn Englisch nicht als Fremdsprache im Rahmen der Hauptfächer gewählt wurde, ist es als Nebenfach dreistündig zu belegen. Ist dies nicht der Fall, müssen drei, ansonsten zwei weitere Fächer aus allen Fachbereichen gewählt werden, ebenso mit drei Wochenstunden. Aus den neun Fächern müssen drei Leistungskurse gewählt werden, von denen mindestens einer ein Hauptfach sein muss. Alle Leistungskurse werden dann jeweils mit 5 Wochenstunden unterrichtet. Insgesamt werden so zu keinem Zeitpunkt weniger als 32 oder mehr als 35 Wochenstunden erteilt. Zum Abitur sollen weiterhin vier bis fünf Prüfungen abgelegt werden, davon sind drei schriftlich sowie eine oder zwei weitere mündlich. Dabei werden alle Leistungskurse geprüft, sowie die Fachbereiche NaWi, Sprachen und Gesellschaftswissenschaften. Ist ein Hauptfach gleichzeitig ein Leistungskurs, zählt dieses nur einfach. Eine schriftliche Prüfung ist nur in Hauptfächern und Leistungskursen möglich, wobei beide mindestens einmal schriftlich geprüft werden müssen.

Die Abiturnote setzt sich weiterhin zu einem Drittel aus den Ergebnissen der Abiturprüfungen und zu zwei Dritteln aus den Zeugnisnoten der Qualifikationsphase zusammen.

Schule als Lebensraum

Man lernt am besten in einem Umfeld, in dem man sich gut und geborgen fühlt. Manche Kinder und Jugendliche erfahren diese Gefühle zu Hause nicht. Gerade für sie ist es daher besonders wichtig, sich in der Schule wohl zu fühlen. Wir fordern, dass die Schule mehr auf die Bedürfnisse ihrer Schützlinge eingeht. Wir brauchen keine Schule, in die man nur geht, weil man dort seine Freunde treffen kann und in der man nicht freiwillig länger bleibt als nötig. Wir brauchen eine Schule, die alles ist: Rückzugsort, Entspannungsort, Treffpunkt und Bildungsstätte.

Atmosphäre/Rauminhalte Gestaltung und Ausstattung

Anlagen und Gestaltung der Räume müssen Schüler bei ihrer Arbeit unterstützen. Aus diesem Grund verlangen wir, dass anstelle des tristen Graus, freundliche Farben an den Schulwänden verwendet werden, um eine freundliche und nicht nur sterile Atmosphäre zu schaffen. So sollten auch die Klassenräume individuell gestaltet werden und nach den Maßstäben der Schüler eingerichtet sein.

Jeder Raum muss regelmäßig renoviert werden, damit er ständig in einem guten Zustand ist. Auch muss die Ausstattung der Räume verbessert werden. Wir fordern, dass ausreichend Steckdosen für digitale Endgeräte, digitale Tafeln, sowie höhenverstellbare Tische und Stühle zur Standardausstattung jedes Raumes gehören.

Schüler*innen sollen die Möglichkeit haben, in den Pausen drinnen bleiben zu dürfen.

Auch die Sitzmöglichkeiten müssen verbessert werden. Gerade in den Pausen, in denen wir uns entspannen sollen, wollen wir nicht auf dem Boden oder auf kaputten Stühlen und Bänken sitzen müssen. Wir brauchen bequeme Sitzmöglichkeiten.

Eine Schule sollte ordentlich aussehen. Die Architektur spielt also an jeder Schule zunehmend eine wichtige Rolle. Es ist vor allem an den Ganztagschulen wichtig mit einzuplanen, dass Ruheräume für die Schüler wichtig sind.

(Offene) Ganztagschule

Wir sehen die (offene) Ganztagschule als optimale Schulart an. Sie hat dazu geführt, dass die Schule längst nicht mehr nur zum "Bilden" der Schüler da ist. Durch das Konzept der (offenen) Ganztagschule verbringen Schüler auch Teile ihrer Freizeit in der Schule. Damit diese Zeit sinnvoll genutzt werden kann, muss folgendes von den Schulen gewährleistet werden:

1. Lerngruppen zu bestimmten Fächern/ Themen müssen eingerichtet werden und vorangetrieben werden.
2. Es muss eine Hausaufgabenhilfe geben.
3. Gut ausgestattete Bibliotheken mit einem Lesesaal zur stillen Arbeit müssen vorhanden sein.
4. Computer müssen zur ständigen Nutzung der Schüler bereitstehen
5. Kostenloses und freies W-LAN muss vorhanden sein.
6. Freizeiträume und Spielmöglichkeiten müssen gestellt werden.
7. Themenwochen müssen eingeführt werden
8. Bei Schultagen, die nach 14.30 Uhr enden soll es für die Jahrgänge 5-10 keine Hausaufgaben geben.

Vorhabenwoche

Vorhabenwochen gestalten den Verlauf der Schulzeit interessanter und sorgen für Abwechslung. Vorhabenwochen sollten jedoch nicht nur Freizeit, Spiel und Spaß beinhalten. Es ist wichtig, dass auch eine dieser Wochen institutionell gestaltet wird und eine dem Jahrgang altersgemäße Thematik obliegt. Daher müssen pro Schuljahr mindestens drei Vorhabenwochen stattfinden, welche in eine themenbezogene Projektwoche, eine freie Projektwoche für die gesamte Schule und in eine Klassenwoche aufgeteilt wird.

Praktika, sowie Klassenfahrten sollen grundsätzlich in die Vorhabenwoche gelegt werden, da so zusätzlicher Unterrichtsausfall vermieden wird.

Klassenwoche

Während der Klassenwoche soll die Klassengemeinschaft gefördert und gestärkt werden. Die Organisation obliegt der Schule bzw. den Lehrkräften, jedoch sollen die Vorstellungen der Schülerinnen und Schüler mit einfließen. Die Planung der Klassenwoche sollte daher unter den Lehrern und Schülern aufgeteilt werden.

Themenbezogene Projektwoche

Es ist sinnvoll, in der Sekundarstufe 1 die Schülerinnen und Schüler hinsichtlich einer Thematik zu schulen, welche sie auch betreffen. Deshalb sollte diese Woche ausschließlich dazu genutzt werden.

Folgende Thematiken müssen während der themenbezogenen Projektwoche behandelt werden:

1. 5. Klasse – Stärkung der Klassengemeinschaft
2. 6. Klasse – (Cyber-) Mobbing
3. 7. Klasse - Sexualität
4. 8. Klasse – Suchtprävention
5. 9.-10. Klasse – Stressbewältigung und Prüfungsvorbereitung

Freie Projektwoche

Die Planung der freien Projektwoche obliegt der Schülervertretung und sollte kurz vor den Sommerferien stattfinden. Die SV hat dafür zu sorgen, dass es eine Anzahl an Projekten angeboten wird, welche in Relation zur Schülerzahl steht. Die Leitung der Projekte muss allerdings nicht nur von Schülerseite übernommen werden, denn

auch Lehrer, Eltern oder auch Sporttrainer sind dazu befugt, ein Projekt zu leiten. Sinnvoll ist es, dass, wenn die Projekte soweit gesammelt worden sind, sie dem/der Schulleiter/ in vorgelegt und von ihm/ ihr genehmigt werden, da der/die Schulleiter/in die Verantwortung über den Verlauf der freien Projektwoche hat.

In dieser Woche sind alle Schülerinnen und Schüler, sowie alle Lehrkräfte involviert, wodurch sich die Atmosphäre innerhalb der Schule verbessert. Außerdem soll durch die Planung dieser Projektwoche die Kommunikationen zwischen Schülern und Lehrern verbessert werden

Mitbestimmung

Wir sind keineswegs das fünfte Rad am Wagen, doch trotzdem werden wir in vielen Fällen so behandelt. Wir sind die, für die Schule gemacht wird. Wir sind diejenigen, die zwei Drittel ihrer Jugend in der Schule verbringen. Alle Entscheidungen, die die Schule betreffen, bekommen wir hautnah mit. Doch bei so vielen Entscheidungen werden wir, die Schüler gar nicht mit einbezogen. Wir fordern, dass unsere Entscheidungen und Wünsche respektiert und unterstützt werden. Das gilt auch für den normalen Unterricht.

Schüler und Lehrer sollen in den Gremien der Schule die gleiche Stimmenanzahl haben.

Gemeinschaft

Die Identifikation mit der Schule ist wichtig. Nur so kann eine gute Schulgemeinschaft entstehen. Deshalb fordern wir Gemeinschaftsprojekte wie z.B. „Wir erlaufen uns einen neuen Schulhof“ oder „Wir machen ein Sommerfest“. Diese Projekte sollen jedes Jahr mindestens einmal durchgeführt werden.

Auch fordern wir, dass jede 5., 7., 9., und 11. Klasse zwei Tage im Schuljahr bekommt, die nur zur Förderung der Klassengemeinschaft genutzt werden. Diese Tage werden von den Schülern und nicht von den Lehrern gestaltet.

Des Weiteren wollen wir, dass es von Klasse eins bis dreizehn (nach Bedarf) eine Klassenlehrerstunde pro Woche gibt.

Wir wünschen uns, dass die Schulen mit einer 2/3 Mehrheit in der Schulkonferenz >Schuluniformen einführen dürfen, um Mobbing zu verhindern.

*Ebenfalls ausschlaggebend für eine gesunde Schulgemeinschaft ist der gegenseitige Respekt untereinander. Besonders zwischen den jüngsten und den ältesten Schülern*innen an Gemeinschaftsschulen besteht ein Defizit in Bezug auf den respektvollen Umgang miteinander. Wir fordern deshalb eine frei gestaltbare Toleranzkampagne, welche insbesondere Fünft- und Zehntklässler*innen zusammenbringt. Wir erhoffen uns dadurch, Diskriminierung jeder Art frühzeitig verhindern zu können.*

Diskriminierung

*Diskriminierung und insbesondere Mobbing stellen Problemfelder im Lebensraum Schule dar, welche von uns so nicht hingenommen werden können. Wir fordern deshalb Anti-Mobbing Seminare für Schüler*innen und Lehrkräfte. Diese müssen bei Krankheit des Lehrers nachgeholt werden.*

Klassengröße

Wir haben es satt, dass wir in riesige Klassen gesteckt werden und die Lehrer nicht genug auf uns eingehen können. Wir fordern daher, dass die maximale Klassengröße auf 24 Schüler festgelegt wird.

Gesundheit

Ein besonders wichtiger Punkt ist für uns die Gesundheit. Dazu zählt auch das Essen in den Schulen. Wir wollen kein fettiges Essen vom Partyservice! Wir fordern Essen, das frisch zubereitet wird, für das nur frische, regionale, biologisch angebaute Produkte verwendet werden und das ausgewogen und gesund ist. Wir fordern die Auswahl verschiedener Essensangebote. Dabei sollen immer ein normales, ein vegetarisches und ein veganes Essen angeboten werden. Da in den vegetarischen und veganen Angeboten kein Fleisch enthalten ist, können so religiöse Komplikationen vermieden werden. Darüber hinaus sollten auch Salate angeboten werden. Auf lange Sicht soll das Essen für jede Schülerin und jeden Schüler kostenlos sein. Um die Cafeterien dabei zu unterstützen, müssen gemeinsam mit den Schulen Konzepte ausgearbeitet werden, wie die Preise des Schulessens weiter gesenkt werden können.

Schüler*innen soll auch im Unterricht gelehrt werden, wie eine bewusstere und gesündere Lebensweise aussieht. Junge Menschen sehen sich zunehmend von Essstörungen betroffen und Schule sollte einen Beitrag dazu leisten, dem entgegenzuwirken. Dies soll fächerübergreifend in den Fachanforderungen als Querschnittsthema aufgeführt sein.

Auch die sanitären Anlagen sind in vielen Schulen ein Problem. Diese müssen wie die Unterrichtsräume auch regelmäßig renoviert werden und durchweg in einem guten Zustand sein. Auch muss es überall ausreichend Seife, Desinfektionsmittel und Handtücher/Lufttrockner geben. Wir wünschen uns, dass in den Schulen Hygieneartikel auf den Damentoiletten (Binden oder Tampons) für alle, die diese benötigen, kostenfrei zur Verfügung stehen.

Wir setzen uns dafür ein, dass in den Schulen Tage mit psychotherapeutischem Personal eingeführt werden. Zum Beispiel in Form einer offenen Sprechstunde.

Umwelt

In der heutigen Zeit sollte die Schule nicht nur über Umweltbewusstsein informieren., sondern dies auch maßgeblich an den Schulen als gutes Beispiel selbst praktizieren. Deshalb sollten die Schulen in Schleswig-Holstein statt normalem Kopierpapier auf recycelbares Kopierpapier umsteigen, so wie es die Landesregierung schon praktiziert. Ebenfalls wichtig ist, dass in Mensen auf eine plastikfreie Nutzung geachtet wird. Plastikflaschen sollen durch Glasflaschen ersetzt werden. Veranstaltungen von Schulen sollten möglichst plastikfrei sein. Wir wünschen uns darüber hinaus, dass Mülltrennung an Schulen verpflichtend ist.

Neben dieser verpflichtenden Mülltrennung fordern wir außerdem regelmäßige, jedoch mindestens einjährige gemeinsame Müllsammelaktionen in der Umgebung der Schule.

Ebenfalls mindestens einmal im Jahr sollen Schulen einen Tag einführen, an welchem gemeinschaftlich Bäume gepflanzt werden. In der Ausgestaltung dieser Aktion ist jede Schule in Bezug auf Ort und Zeitraum ungebunden.

Die standardmäßige Verwendung klimaschonender Suchmaschinen stellt für uns ebenfalls eine einfache Möglichkeit dar, um etwas gegen den Klimawandel zu unternehmen, weshalb wir eine Umsetzung dieser Maßnahme fordern.

Inklusion

Vom MBWK müssen Planstellen für Schulen für Sonderpädagogen geschaffen werden, die von der Anzahl her in Relation zu den Schülerzahlen stehen. Außerdem muss jede Lehrkraft das Recht auf eine sonderpädagogische Unterstützung während des Unterrichts haben. Die Lehrkräfte sollten sich jedoch ebenfalls mindestens einmal pro Jahr auf Schulentwicklungstagen bezüglich der inklusiven Bildung schulen lassen.

Das MBWK hat einen Leitfaden anzufertigen, in welchem geschrieben steht, wie die Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer und Eltern sich mit inklusiver Bildung zu arrangieren haben. Dieser muss in allen öffentlichen allgemeinbildenden Schulen publiziert werden.

Die Räumlichkeiten aller Schulen müssen inklusionsfreundlich gestaltet sein. Damit ist z.B. gemeint, dass jede Treppe ebenfalls mit einer Rampe oder einem Fahrstuhl ausgestattet wird. Ebenfalls müssen Türen etc. leicht zu öffnen sein.

Jeder Kreis muss vom Land die Aufgabe gestellt bekommen, einen Runden-Tisch der Inklusion zu gründen. Dieser entsendet Delegierte zum Runden-Tisch der Inklusion im Land. Somit ist sichergestellt, dass das Interesse aller Bürger vertreten wird. Der Runde Tisch muss öffentlich sein.

Jede Schule hat einen Arbeitskreis zu gründen, welcher sich intensiv mit der Inklusion an der eigenen Schule beschäftigt. Begleitet wird dieser Arbeitskreis von einem vom Land entsendeten Spezialisten.

Inklusionsbedürftige Schüler können bei Bedarf auf die Möglichkeit zugreifen, externen Unterricht zu genießen.

Interessierte und engagierte SuS sollten sich zu einem Inklusionsteam zusammensetzen können, welches das Miteinander zwischen den SuS zu verbessern versucht. Die Schulung des Inklusionsteams obliegt der Schulleitung.

Schülerbeförderung

Folgender Satz im SchulG §144 (2) Schülerbeförderung soll gestrichen werden: „Die Satzung kann vorsehen, dass nur die Kosten notwendig sind, die beim Besuch der nächstgelegenen Schule der gleichen Schulart entstehen würden; davon auszunehmen sind die Fälle, in denen das nächstgelegene Förderzentrum wegen fehlenden Aufnahmemöglichkeiten nicht besucht werden kann“

Schule und Extremismus

Holocaust Education

Extremismus widerspricht allen moralischen, ethischen sowie demokratischen Werten unserer heutigen Gesellschaft und ist daher nicht zu tolerieren. Wir fordern, dass die Holocaust Education in den Schulen effektiver und nachhaltiger betrieben wird als bisher. Dabei könnten unter anderem Austauschprogramme mit Schülerinnen und Schülern aus anderen Regionen und Ländern wie z.B. Osteuropa oder Skandinavien etc. helfen. Auch fordern wir, dass jede Schülerin und jeder Schüler mindestens einmal in seiner Schullaufbahn die Möglichkeit hat, mit seiner Schule z.B. ein ehemaliges Konzentrationslager oder Arbeitslager zu besuchen. Nicht um die Schüler einzuschüchtern, sondern vielmehr, um ihnen das Thema Extremismus an realen Beispielen näher zu bringen und sie von der Wichtigkeit von Toleranz und Akzeptanz zu überzeugen.

Ein Zeichen setzen

„Rechtsextremismus hat in unserer Schule keinen Platz!“ Wir fordern daher, dass Symbole, Kleidung Musik und Gesten die offiziell dem Nationalsozialistischen Milieu zugeordnet werden können, an Schulen nicht gestattet werden dürfen. Eine offizielle Liste ist auf der Webseite des Bundesverfassungsschutzes zu finden.

Schule und Sexualität

Die Sexualität ist eines der wichtigsten Themen im Leben eines Menschen. Es ist entscheidend in der Entwicklung der Persönlichkeit und begleitet uns unser Leben lang. Unsere Gesellschaft hat sich in den letzten 60 Jahren in vielen Dingen weiterentwickelt, doch im Bereich der Sexualität wurde noch lange nicht genug getan. Wir finden es bedenklich, dass es in unsere Gesellschaft immer noch ein Problem ist, homosexuell zu sein. Um das zu ändern, fordern wir einen offeneren Umgang mit der Sexualität. Dazu muss es den Schülerinnen und Schülern ermöglicht werden in der Schule, mit Personen verschiedener Sexualitäten zu sprechen.

Die aufgeklärte Schule

Wir möchten, dass jedes Kind, jeder Jugendliche und somit später auch jeder Erwachsene in diesem Land weiß, dass es keinen Unterschied macht, ob ein Mensch homo- oder heterosexuell ist. Deshalb fordern wir, dass die Schüler schon ab der 3. Klasse Sexualkundeunterricht haben. In diesem sollen sie von ihren Lehrern über verschiedene sexuelle Vorlieben etc. aufgeklärt werden. Das Hauptziel ist dabei, ihnen die Angst vor der „falschen“ Sexualität zu nehmen und sie so zu aufgeschlossenen, fortschrittlichen Menschen zu machen. Dies darf aber nicht durch Druck, sondern durch Motivation und freiwillige Mitarbeit erreicht werden.

Da wir von den Schülerinnen und Schülern Offenheit und Verständnis verlangen, tun wir dies gleichsam auch von den Lehrkräften. Auch diese sollten mit ihrer Sexualität offen umgehen und umgehen können.

Die Sexualität der Schülerinnen und Schüler darf keinen Einfluss auf die Notengebung haben!

Schule und Religion

Unsere heutige Gesellschaft ist derart multireligiös, dass es unter keinen Umständen hinnehmbar ist, dass Schüler in einen konfessionellen oder monoreligiös geprägten Religionsunterricht gezwängt werden. Wir schlagen vor, ab der 5. Klasse den verpflichtenden Religionsunterricht durch einen religionsübergreifenden oder religiös neutralen Ethikunterricht zu ersetzen. Ab der 7. Klasse soll eine Wahlmöglichkeit zwischen Ethik/Philosophie und Religion vorhanden sein, im Zweifel ist dem Ethikunterricht Vorrang zu gewähren. Hierbei wünschen wir uns ausdrücklich die Möglichkeit eines Wechsels.

Wir möchten, dass Schüler ihr Auftreten ihrer Religion anpassen dürfen, solange dies im akzeptablen Rahmen liegt.

Die Vielfalt der Religionen sollte gewahrt bleiben, wobei jedoch auch auf Gemeinsamkeiten Wert gelegt werden soll.

Anderweitiges politisches Engagement

Wir sehen es als wünschenswert an, dass sich die Jugendlichen beispielsweise neben ihrer Beteiligung der Schülervertretung zusätzlich auch in den Jugendbeiräten der jeweiligen Kommunen engagieren. Wir sehen dabei die SV als Bindeglied zwischen der Kommunalpolitik und den politisch interessierten Schülern. Die Kommunalpolitiker sollten bei Fragen zu bestimmten politischen Themen den Jugendlichen besonders zur Seite stehen.

Schule und Politik

Wir fordern, dass alle Schülerinnen und Schüler im Laufe ihrer Schulzeit einen Besuch im Landtag oder Bundestag mit einem/einer Abgeordneten (oder deren Mitarbeiter/Stellvertreter).

Dies soll im Rahmen des Weltkundeunterrichts/WiPo-Unterrichts erfolgen.

Zeit dafür ist in einer Vorhabenwoche oder in Unterrichtsstunden. Sollte die Anfahrt zu lange dauern ist auch ein Ausflug sinnvoll.

Ziel ist ein theoretisches sowie praktisches Verständnis vom Staat.

Zudem soll versucht werden, den Schülerinnen und Schülern eine Teilnahme, je nach Möglichkeit, an einer Sitzung zu ermöglichen. Dies sollte im Laufe der Schuljahre 7, 8 oder 9 erfolgen.

SV- Arbeit

Die Schülervertretung ist ein wichtiges Organ der Schullandschaft und wichtig für die Erziehung der SuS im Sinne der demokratischen Werte der Bundesrepublik Deutschland. Doch damit die SV so arbeiten kann, wie sie arbeiten soll, muss sie überall als das ernstgenommen werden, was sie ist.

1. Wir wünschen uns eine institutionell verankerte Verfügungsstunde für die SV

2. Wir wünschen uns ein Mindestetat in der Höhe von 500€ und außerdem finanzielle Unterstützung der Fördervereine.
3. Die Verbindungslehrkraft soll das reibungslose Funktionieren der SV auch ohne seine ständige Mitarbeit gewährleisten. Er soll außerdem der SV bei Formalitäten helfen und sie in Geschäftsabläufe sowie Statute einarbeiten.
4. Im Terminkalender der Schule muss mindestens ein Tag fest an die SV vergeben werden, an dem diese den Tag nach eigenen Vorstellungen gestalten darf.
5. Wir wünschen uns außerdem, dass ein enger Kontakt zwischen Schulleitung und SV besteht.

Kooperation mit Vereinen

Wir fordern, dass eine bessere Kommunikation und Kooperation zwischen örtlichen Sportvereinen und Schulen stattfinden soll.

Die Kooperation sollte auf jeden Fall auf freiwilliger Basis stattfinden und nicht die Noten der Schüler beeinträchtigen!

Hinzu fordern wir die Förderung von offenen bzw. freiwilligen Ganztagschulen, in Bezug auf die Gestaltung der außerschulischen Freizeitangebote, durch finanzielle Unterstützung des Landes Schleswig-Holstein und der Kommunen.

Stand 22. Mai 2022